

ZUSÄTZLICHE VERTRAGSBEDINGUNGEN DER KTE FÜR DIE BESCHAFFUNG VON BAULEISTUNGEN NACH VOB/B

Vergabe-Nr. 2026000787AEN

Datum: 20.05.2026

Maßnahme: MZFR-Erschließung / LOS 02 - Trafostation

1. GELTUNGSBEREICH

Diese Bedingungen gelten für Werkverträge über Bauleistungen der Kerntechnische Entsorgung Karlsruhe GmbH (nachfolgend Auftraggeber „AG“ genannt) an Handwerksbetriebe und sonstige gewerbliche Unternehmen (nachfolgend Auftragnehmer „AN“ genannt).

2. BEISTELLUNGEN DES AUFTRAGGEBERS

Der AG stellt unentgeltlich zur Benutzung oder Mitbenutzung zur Verfügung:

- ☒ Zufahrtswege und Lagerplatz
- ☒ Sanitäre Einrichtungen einschließlich Reinigung
- ☐ Aufenthaltsraum einschließlich Reinigung
- ☐ Büroarbeitsplatz einschließlich Reinigung
- ☒ Anschlüsse für Wasser und Energie einschließlich Verbrauch.

3. ZUTRITS- UND PRÜFUNGSERLAUBNIS

Der AN gewährt dem AG Zutritt zu allen Fertigungsstätten, ermöglicht ihm an allen Prüfungen teilzunehmen, stellt kostenfrei Prüfgeräte, Prüfmittel und Gerüste zur Prüfungsdurchführung. Der AN gewährt dem AG unter Beachtung der Grundsätze und der Grenzen des § 4 Abs. 1 Nr. 1 VOB/B Zutritt.

4. ANLIEFERUNG UND ANNAHMESTELLE / ART UND UMFANG DER LEISTUNGEN

Sofern nichts anderes vereinbart,

- enthalten die vereinbarten Preise auch die Kosten für Verpackung, Aufladen, Beförderung bis zur Anlieferungs- oder Annahmestelle und Abladen,
- hat der AN Packstoffe zurückzunehmen und auf seine Kosten zu beseitigen.

Etwaige Patentgebühren und Lizenzvergütungen sind durch den Preis für die Leistung abgegolten.

5. PREISERMITTLUNGEN

- 5.1. Im Anwendungsfalle der VOB/A: Der AN erklärt sich mit einer Prüfung der, beispielsweise gemäß § 16d Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 VOB/A durch die Innenrevision des AG bzw. die zuständige Preisüberwachungsstelle oder einen Dritten einverstanden. Der AN ist verpflichtet, die in diesem Zusammenhang notwendigen Auskünfte zu erteilen.
- 5.2. Sind nach Auftragserteilung neue Preise zu vereinbaren, hat der AN seine Preisermittlungen auf Basis der Urkalkulation vorzulegen sowie die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- 5.3. Die Ziffern 5.1 und 5.2 gelten auch für Nachunternehmer. Nachunternehmer sind vom AN entsprechend zu verpflichten.
- 5.4. ☒ Die Urkalkulation ist spätestens eine Woche nach Zuschlagserteilung in einem verschlossenen Umschlag an den AG zu übergeben.

6. PROJEKTSPRACHE

Die Projektsprache ist **deutsch**. Um die Sicherheitsanforderungen an den Zutritt zu kerntechnischen Anlagen einhalten zu können, ist der AG gezwungen, den von ihm eingesetzten Unternehmen die Vorgabe zu machen, dass die eingesetzten Mitarbeiter der deutschen Sprache mächtig sind. Das zum Einsatz kommende Personal des AN, muss vor diesem Hintergrund die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen. Der AN wird sicherstellen, dass diese Sicherheitsanforderungen, soweit für den konkreten Auftrag und Einsatz seiner eigenen und fremden Mitarbeiter einschlägig, in verständlicher Weise, soweit notwendig in den Muttersprachen der beschäftigten Arbeitnehmer, an die beauftragten Erfüllungs- oder Verrichtungsgehilfen weitergegeben werden. In jedem Fall stellt der AN Führungspersonal, welches die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrscht.

7. AUSFÜHRUNG DER LEISTUNG

- 7.1. Der AN und dessen Nachunternehmer haben ihre Leistungen, sofern diese als qualitätsrelevant eingestuft sind, auf Basis eines wirksamen Qualitätssicherungssystems (QS-System) zu erbringen. Die Wirksamkeit ist nachzuweisen und wird vom Qualitätswesen des AG beurteilt. Jede Änderung am QS-System des ANs bzw. der Nachunternehmer ist dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
- 7.2. Der AG kann sich über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung unterrichten.
- 7.3. Beim AG gelten nachstehende betriebsübliche Arbeitszeiten:
- Montag bis Donnerstag
8:00 Uhr bis 16:30 Uhr,
 - Freitag
8:00 Uhr bis 15:30 Uhr.

Das Arbeitszeitgesetz in der jeweils aktuellen Fassung ist einzuhalten. Die tatsächlichen Arbeitszeiten sind mit dem AG abzustimmen. Soweit abweichende Arbeitszeiten in der Leistungsbeschreibung vereinbart werden, sind diese zu beachten. Grundsätzlich besteht die Möglichkeit des Schichtbetriebes, dies bedarf zwingend der vorherigen schriftlichen Vereinbarung.

Für Leistungen, die den betrieblichen Ablauf beeinträchtigen, gelten kürzere Arbeitszeiten; diese sind vor Leistungsbeginn mit dem AG zu vereinbaren.

Nur in Ausnahmefällen und nach vorheriger Vereinbarung mit dem AG sind im Zeitraum von 6:45 Uhr bis 19:00 Uhr Leistungen auch außerhalb der betriebsüblichen Arbeitszeiten ausführbar.

Am Anfang jeden Jahres legt der AG die arbeitsfreien Brückentage (regelmäßig 8 bis 9 Arbeitstage pro Kalenderjahr) fest. An diesen Tagen können keine Arbeiten ausgeführt werden. Die Disposition des AN zur Leistungserbringung hat diese Arbeitszeiten und Schließtage zu berücksichtigen.

- 7.4. Sofern nach den atomrechtlichen Vorschriften relevant ist AN verpflichtet, die Antragstellung zur Zuverlässigkeitsüberprüfung nach § 12b) AtG des zum Einsatz kommenden und nicht überprüften Personals unverzüglich nach Auftragserteilung durchzuführen. Die Zuverlässigkeitsprüfung kann im Einzelfall entfallen.
- 7.5. Der AN hat während der gesamten Vertragslaufzeit den für die Leistungserbringung vereinbarten Kenntnisstand (z.B. Fachkunde) seiner Mitarbeiter aufrecht zu erhalten. Die Mitarbeiter des AN können an KTE-internen Schulungen sowie an e-Learning-Schulungen des AG teilnehmen. Schulungszeiten werden nicht vergütet. Ausgenommen von dieser Regelung sind Schulungen für Fachkunde, die zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses nicht gefordert waren und die während der Vertragslaufzeit auf Verlangen des AG zusätzlich erbracht werden müssen.

8. STEUERN, MINDESTLOHN, GESETZLICHE VORSCHRIFTEN

- 8.1. Der AN wird sämtliche Steuern und Sozialversicherungsabgaben für seine Mitarbeiter ordnungsgemäß abführen. Der AN hat auch Nachunternehmer zur ordnungsgemäßen Abfuhr von Steuern und Sozialversicherungsabgaben zu verpflichten.

- 8.2. Der AN wird in seinem Betrieb darüber hinaus sämtliche weiteren gesetzlichen Vorschriften im Zusammenhang mit der Beschäftigung seiner Mitarbeiter, insbesondere Vorschriften des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, der ausländer- und aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen, des Gesetzes über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (AentG), des Arbeitszeitgesetzes sowie Vorschriften zum Arbeitsschutz beachten.
- 8.3. Der AN versichert insbesondere, seinen Beschäftigten den jeweils geltenden Mindestlohn zu zahlen.
- 8.4. Der AN ist verpflichtet, dem AG auf Anforderung jederzeit Nachweise über die Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns an seine Beschäftigten vorzulegen.

9. WERBUNG/VERÖFFENTLICHUNGEN

- 9.1. Werbung auf der Baustelle ist nur nach vorheriger Zustimmung des AG zulässig.
- 9.2. Der AN darf in Werbematerial auf geschäftliche Verbindungen mit dem AG nur mit ausdrücklicher Zustimmung des AG hinweisen. Veröffentlichungen, die Bereiche oder Belange des AG betreffen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Einwilligung durch den AG.

10. UMWELTSCHUTZ UND ENERGIEEFFIZIENZ

Der AN muss Umweltschutz-, Energieeffizienz-, und sonstige gesetzliche Vorschriften und einschlägige Normen einhalten und darf keine nachteiligen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt ausüben. Bei einem Verdacht eines Verstoßes gegen die o. g. Verpflichtungen hat der AN die Verstöße aufzuklären und die KTE unverzüglich zu informieren.

11. AUSFÜHRUNGSFRISTEN

Die in der Bestellung genannten Fristen und Termine sind verbindlich.

12. WETTBEWERBSBESCHRÄNKUNGEN

- 12.1. Wenn der AN aus Anlass der Vergabe eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er 15% der Netto-Auftragssumme an den AG zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird.
- 12.2. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist.
- 12.3. Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des AG bleiben unberührt.

13. HAFTUNG

Der AN hat zur Abdeckung seiner, sich aus der Auftragsdurchführung ergebenden Risiken auf seine Kosten eine branchenübliche Haftpflichtversicherung – soweit im evtl. zugrundeliegenden Ausschreibungsverfahren keine konkrete Deckungssumme gefordert ist – mit ausreichenden Deckungssummen für Personen-, Sach- und Vermögensschäden unter Einschluss des Umwelthaftungsrisikos abzuschließen und aufrechtzuerhalten. Der Versicherungsschutz ist auf Verlangen jederzeit nachzuweisen. Der AN ist dem AG zur unverzüglichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit der Versicherungsschutz nicht mehr besteht oder sich zum möglichen Nachteil des AG ändert.

14. MITTEILUNG VON UNFÄLLEN

Der AN hat Unfälle, bei denen Personen- oder Sachschaden entstanden ist, dem AG unverzüglich mitzuteilen.

15. VERTRAGSSTRAFEN

Der AN hat als Vertragsstrafe für jeden Werktag des Verzugs zu zahlen:

- 15.1. bei Überschreitung von Einzelfristen
- 0,3% des Netto-Wertes der im Auftragschreiben genannten Auftragssumme. Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist der Teil dieser Auftragssumme, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.
- 15.2. bei Überschreitung der Ausführungsfrist
- 0,3% des Netto-Endbetrages der Auftragssumme.

- 15.3. Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt 5% der Netto-Abrechnungssumme begrenzt.
- 15.4. Bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist die Vertragsstrafe auf den in Satz 1 genannten Prozentsatz des Teils der Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.
- 15.5. Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung verbindlicher Zwischentermine (Einzelfristen als Vertragsfristen) werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung der Leistung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

16. PREISNACHLÄSSE

Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, wird ein als Prozentsatz angebotener Preisnachlass bei der Abrechnung und den Zahlungen von den Einheits- und Pauschalpreisen abgezogen. Dies gilt auch bei Nachträgen, deren Preise auf Grundlage der Preisermittlung für die vertragliche Leistung zu bilden sind.

17. STEUERABZUG BEI BAULEISTUNGEN

- 17.1. Bei Bauleistungen ist im Auftragsfall eine gültige Freistellungsbescheinigung zum Steuerabzug gemäß § 48b Abs. 1 Satz 1 des Einkommenssteuergesetzes (EStG) dem AG vorzulegen. Anderenfalls hat der AN den Namen und die Anschrift des für ihn zuständigen Finanzamtes sowie Steuernummer mitzuteilen. Der AG ist dann gesetzlich verpflichtet, 15% des Zahlungsbetrages einzubehalten, abzuführen und die Restsumme (85%) auszuzahlen. Dies gilt gemäß § 48 Abs. 2 Satz 1 EStG nicht, wenn der Leistungsempfänger ausschließlich steuerfreie Umsätze nach § 4 Nummer 12 Satz 1 des Umsatzsteuergesetz ausführt und die Gegenleistung im laufenden Kalenderjahr 15.000 Euro nicht übersteigt (§ 48 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 EStG) oder wenn die Gegenleistung im laufenden Kalenderjahr einen Betrag von 5.000 Euro nicht übersteigt (§ 48 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 EStG).

- 17.2. Der AN verpflichtet sich, jede vom Finanzamt vorgenommene Änderung in Bezug auf eine vorgelegte Freistellungsbescheinigung (§ 48b EStG) dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

18. SICHERHEITSLEISTUNG

- 18.1. Stellung der Sicherheit
- ☒ Die Sicherheit für die Vertragserfüllung ist in Höhe von 5% der Bruttoauftragssumme zu leisten.
 - ☒ Die Sicherheit für Mängelansprüche ist in Höhe von 3% der Bruttoabrechnungssumme (Bruttoauftragssumme einschließlich der Nachträge) zu leisten.

Für die Vertragserfüllung und die Mängelansprüche kann Sicherheit wahlweise durch Hinterlegung von Geld oder durch zeitlich unbegrenzte Bürgschaft geleistet werden.

Der AN kann die einmal von ihm gewählte Sicherheit durch eine andere der vorgenannten Sicherheiten ersetzen.

- 18.2. Sicherheitsleistung durch Bürgschaft
- Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, müssen die Bürgschaftsurkunden folgende Erklärung des Bürgen enthalten:
- "Der Bürge übernimmt für den AN die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht. Auf die Einreden der Vorausklage gemäß § 771 BGB wird verzichtet. Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde. Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor der gesicherten Hauptforderung. Nach Abschluss des Bürgschaftsvertrages getroffene Vereinbarungen über die Verjährung der Hauptforderung zwischen dem AG und dem AN sind für den Bürgen nur im Falle seiner schriftlichen Zustimmung bindend. Gerichtsstand ist der Sitz der zur Prozessvertretung des Auftraggebers zuständigen Stelle."
- 18.3. Die Bürgschaft ist über den Gesamtbetrag der Sicherheit in nur einer Urkunde zu stellen.

19. TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN

Soweit im Leistungsverzeichnis auf Technische Spezifikationen (z.B. nationale Normen, mit denen europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Zulassungen, gemeinsame technische Spezifikationen, internationale Normen) Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz: "oder gleichwertig", immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen.

20. ARBEITSERGEBNISSE, RECHTEEINRÄUMUNG

- 20.1. Entstehen durch die Erbringung der Dienstleistung materielle oder immaterielle Arbeitsergebnisse, stehen diese ausschließlich dem AG zu.
- 20.2. Kann an solchen Arbeitsergebnissen ein Eigentumsrecht begründet und übertragen werden, erklärt der AN hiermit die Übertragung des Eigentums auf den AG im Zeitpunkt der Rechtsentstehung.
- 20.3. Kann an Arbeitsergebnissen kein Eigentum übertragen werden, räumt der AN dem AG an den Arbeitsergebnissen im Zeitpunkt von deren Entstehung an, das räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränkte, ausschließliche, übertragbare und unlizenzierbare Recht zur Nutzung für sämtliche Nutzungsarten, insbesondere zu deren Vervielfältigung, Verbreitung, Verwertung und Bearbeitung ein.
- 20.4. Als Arbeitsergebnisse im Sinne der Ziffer 20.1. gelten sämtliche durch die Tätigkeit des Auftragnehmers im Rahmen dieses Vertrags geschaffenen Werke, insbesondere Dokumente, Projektskizzen, Präsentationen und Entwürfe.

21. VERTRAULICHKEIT/DATENSCHUTZ

- 21.1. AN und AG verpflichten sich, über den Inhalt und die Durchführung der vereinbarten Leistung sowie die dabei ausgetauschten Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse (nachfolgend „vertrauliche Informationen“) Stillschweigen zu bewahren. Soweit es zur Ausführung der Leistung notwendig ist, dürfen vertrauliche Informationen an Dritte nur mit schriftlicher Zustimmung des AG übermittelt werden. Der AN hat Dritte zur

gleichen Vertraulichkeit, wie er dem AG gegenüber verpflichtet ist, zu verpflichten. Als vertraulich gekennzeichnete Unterlagen sind entsprechend den jeweils gültigen Bestimmungen zu behandeln.

- 21.2. Die Pflicht zur Vertraulichkeit besteht nicht hinsichtlich der Informationen,
- die der jeweils anderen Vertragspartei bereits vor dem Empfangsdatum bekannt waren; oder
 - der Öffentlichkeit vor dem Empfangsdatum bekannt oder allgemein zugänglich waren; oder
 - der Öffentlichkeit nach dem Empfangsdatum bekannt oder allgemein zugänglich wurden, ohne dass die jeweils andere Vertragspartei hierfür verantwortlich ist; oder
 - der jeweils anderen Vertragspartei zu einem beliebigen Zeitpunkt von einem dazu berechtigten Dritten zugänglich gemacht worden sind; oder
 - von beiden Vertragsparteien gemeinsam oder von dem anderen Vertragspartner schriftlich freigegeben wurden, jedoch spätestens in fünf Jahren nach der Mitteilung, soweit sich aus der Natur der Information (z.B. Daten im Sinne des Bundesdatenschutzgesetzes BDSG bzw. der Verordnung (EU) 2016/679 (DS-GVO) nicht eine längere Geheimhaltung ergibt.

Die Beweislast für das Vorliegen einer Ausnahme trägt jeweils die Vertragspartei, die sich auf die Ausnahme beruft.

- 21.3. AN und AG verpflichten sich, die vertrauliche Informationen auch nach Vertragsbeendigung geheim zu halten, längstens jedoch für fünf (5) Jahre nach Vertragsbeendigung. Diese Verpflichtung gilt, solange die Vertraulichen Informationen nicht offenkundig sind.
- 21.4. Soweit Arbeitnehmer der Vertragsparteien, Unterauftragnehmer und/oder weitere Dritte bestimmungsgemäß Zugang zu den Vertraulichen Informationen erhalten, werden die Vertragsparteien durch entsprechende vertragliche Vereinbarungen und/oder weitere Maßnahmen sicherstellen, dass die jeweiligen Personen gleichermaßen zur Vertraulichkeit im Sinne dieser Ziffer des Vertrages verpflichtet werden.

- Entsprechende Maßnahmen werden sich die Vertragsparteien auf Verlangen jederzeit schriftlich nachweisen.
- 21.5. Für den Fall, dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass der AN im Rahmen der Leistungserbringung Zugriff auf oder Kenntnis von personenbezogenen Daten des Auftraggebers erhält, verpflichten sich die Vertragsparteien, eine entsprechende datenschutzrechtliche Vereinbarung abzuschließen, die jedenfalls den gesetzlichen Mindestanforderungen genügt.
- 21.6. Auf Verlangen oder nach Beendigung der Arbeiten sind alle dem AN zur Verfügung gestellten Unterlagen sowie alle Abschriften und/oder Vervielfältigungen unverzüglich an den AG zurückzugeben. Ausgenommen davon sind Daten, deren Aufbewahrung beim AN im Hinblick auf die Einhaltung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Für die in der EDV gespeicherten Daten sind die Löschprotokolle dem AG vorzulegen.
- 21.7. Aus dem Vertragsverhältnis erhaltene Daten werden beim AG gespeichert und nur für interne Zwecke unter Einhaltung der DSGVO und ggfs. des IT-Grundschutzes des Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) genutzt (siehe Merkblatt „Verarbeitung Ihrer Daten nach Art. 13, 14 und 21 Datenschutzgrundverordnung DS-GVO“ – Datenschutzhinweise für Lieferanten und Kunden der KTE).
- 21.8. Informationen zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage unter <https://www.kte-karlsruhe.de/datenschutz>.

22. VERTRÄGE MIT AUSLÄNDISCHEN AUFTRAGNEHMERN

Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache.

23. MAßNAHMEN GEGEN BELÄSTIGUNGEN

Die Maßnahmen und Pflichten des Arbeitgebers aus § 12 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) sind durch den AN zu beachten.

Der AN hat in geeigneter Art und Weise, insbesondere im Rahmen der beruflichen Aus- und Fortbildung der bei dem AG eingesetzten Arbeitnehmer, auf die Unzulässigkeit von Benachteiligungen im Sinne von § 1 AGG hinzuweisen und darauf hinzuwirken, dass diese unterbleiben und den AG über die getroffenen Maßnahmen zu unterrichten. Die Verpflichtung gilt auch für Nachunternehmern, der AN hat Nachunternehmer entsprechend zu verpflichten.

24. RECHTSWAHL UND GERICHTSSTAND

Für die vorstehenden Bedingungen und die Vertragsbeziehung zwischen dem AG und dem AN gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss der kollisionsrechtlichen Vorschriften und des UN-Kaufrechts. Gleiches gilt auch für die außervertraglichen Beziehungen zwischen dem AG und dem AN, sofern beide Parteien einer kommerziellen Tätigkeit nachgehen.

Ist der AN Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen oder hat keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland, ist Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis oder über sein Bestehen ergebenden Streitigkeiten Karlsruhe. Vorrangige gesetzliche Vorschriften bleiben unberührt.